



III *CDU* – Fraktion im Rat der Stadt Schwelm

C D U-Fraktion, August-Bendler-Strasse 3a, 58332 Schwelm

An den
Bürgermeister der Stadt Schwelm
Herrn Jochen Stobbe
Rathaus, Hauptstraße 14
58332 Schwelm

Oliver F l ü s h ö h
Fraktionsvorsitzender
Schillerstrasse 3
58332 Schwelm
Tel.: 02336-10731
Mobil: 0172-2849837
Email: flueshoeh@gmx.de

30. Juni 2010

Antrag zum TOP 7 der Ratssitzung vom 8. Juli 2010.

Sehr geehrter Herr Stobbe,

die CDU-Fraktion bittet Sie, dem Rat und seinen Gremien folgenden Antrag zum TOP 7 der Ratssitzung vom 8. Juli 2010 (Herstellung von Erschließungsanlagen – Ehrenberger Straße) zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

- 1. Die Ehrenberger Straße wird – zumindest in dem Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung – nicht endgültig ausgebaut.**
- 2. Sämtliche Straßenbaumaßnahmen, unabhängig davon, ob sie über Straßenausbau- oder Erschließungsbeiträge zu finanzieren wären, werden in dem Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung unterlassen bzw. nicht begonnen, es sei denn, der Aus- oder Neubau wird anderweitig (z.B. durch Dritte) finanziert. Besonders dringende Maßnahmen können im Einzelfall durchgeführt werden. Über die Dringlichkeit entscheidet der Rat.**
- 3. Den Anliegern wird die Möglichkeit eingeräumt, auf eigene Kosten Verbesserungsmaßnahmen durchführen zu lassen.**

Begründung:

Die Finanzlage der Stadt Schwelm ist bekanntermaßen überaus angespannt. Die Entwicklungen zeigen auf, dass in den kommenden Jahren noch mit weiteren Ertragseinbrüchen im Rahmen der Einkommensteueranteile zu rechnen ist. Diese Prognosen verschärfen die bereits ohnehin schon bestehende Schieflage.

Deshalb hat sich nach Ansicht der CDU-Fraktion die Ausgaben- und Investitionspolitik der Stadt ausschließlich an dem vom Rat der Stadt definierten Schwerpunkt „Bildung“ zu orientieren. Erste Schritte dieser Politik sind bereits in den Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2010/2011 gegangen worden und sind nunmehr konsequent fortzuführen.

Deshalb sind alle Investitionen außerhalb dieses Bereiches – auch die Straßenbaumaßnahmen – zurückzuführen, soweit sie nicht zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit zwingend erforder-

lich sind, anderweitig gegenfinanziert sind (Erschließung Wohngebiet Winterberg, Steinhauser Bergstraße, Wohngebiet Brunnen) oder eine sehr kurze Amortisationszeit besitzen.

Denn die Investitionen sind in der Regel über Kredite zu finanzieren, was in der derzeitigen Haushaltslage unverantwortlich wäre.

Deshalb fordert die CDU-Fraktion, dass in dem Zeitraum der mittelfristigen Ergebnisplanung unter Beachtung oben genannter Grenzen keine weiteren Straßenbaumaßnahmen durchgeführt werden.

Auch bereits beschlossene Maßnahmen wie der Ausbau der Luisenstraße sollen hiervon umfasst sein.

Gleichzeitig soll den Anliegern der betroffenen Straßen allerdings die Möglichkeit eingeräumt werden, ggf. in Kooperation mit oder auf Grundlage von Planungen der Stadt auf eigene Kosten Verbesserungsmaßnahmen durchführen zu lassen. Diese könnten zum Beispiel darin bestehen, lediglich die Oberflächen der Straßen mit einer neuen Deckschicht zu versehen. Um die Aufwendung derartiger privater Mittel entsprechend zu würdigen und den Anliegern auch eine Rechtssicherheit dahingehend zu geben, nicht kurzfristig doch zu Erschließungs- oder Ausbaubeiträgen herangezogen zu werden, könnte in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung seitens der Stadt zugesichert werden, dass die maßgebliche Straße im Falle der Durchführung derartiger Maßnahmen für einen bestimmten Zeitraum nicht satzungsgerecht ausgebaut oder erneuert wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Oliver Flühöh
Fraktionsvorsitzender